

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 09.01.2019

Fraktion der AfD

Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Container-Havarie der „MSC Zoe“ vom Januar 2019, um Unfälle dieser Art zukünftig zu verhindern?

Anfang Januar 2019 verlor der Container-Frachter „MSC Zoe“ auf seinem Weg von Antwerpen nach Bremerhaven vor der Küste Frieslands mindestens 277 Container, die teils mit Gefahrgut beladen waren und an der deutschen Nordseeküste anlandeten.

1. Wird die Landesregierung nach Abschluss der Unfallanalyse gegebenenfalls darauf hinwirken, dass das Laschen und Entlaschen zukünftig nur von dafür besonders ausgebildeten Kräften, vorzugsweise durch Hafentarbeiter und während der Liegezeiten der Schiffe durchgeführt wird?
2. Wie begründet die Landesregierung ihre im Vorfeld der Havarie über die Presse (*HAZ* vom 27. Dezember 2018) geäußerte Rechtsauffassung, dass der jeweilige Schiffskapitän für die Ladungssicherung verantwortlich sei, Behörden bzw. der Gesetzgeber also in Fällen der Containerpositionierung, Laschung und Entschlachtung kein Eingriffsrecht hätten, und will die Landesregierung ein solches Eingriffsrecht unter dem Eindruck der Havarie nun schaffen oder darauf hinwirken, dass dies geschaffen wird?
3. Hat die Landesregierung im Rahmen ihres Weisungsrechts die zuständige Staatsanwaltschaft angewiesen, Ermittlungen gegen Reeder, Kapitän und verantwortliche Schiffsbesatzung bzw. gegen Unbekannt einzuleiten, und wie ist der Stand der Ermittlung (sofern Ermittlungen weisungsfrei oder weisungsgebunden eingeleitet sind)?

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer